Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 231. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 2. Oktober 1928

Hindenburgs Geburtstag.

Zum 2. Oktober.

Öfter noch als sonst mögen an seinem Geburtstag die Gedanken des nun 81jährigen Hindenburg zurückkehren zu den Ereignissen vor zehn Jahren, als die tiefdunklen Wolken des deutschen Schicksals sich immer drohender zusammenzogen, der letzte Hoffnungsstern erloschen war. Auf den Schultern des Einundachtzigjährigen lag eine Verantwortung, so groß und so schwer, wie selten ein Mensch sie zu tragen gezwungen war. Mit den letzten Kräften stemmte sich das deutsche Volk unter Hindenburgs Führung jenem Schicksal entgegen — und daß es diesem doch erlag, ward verursacht durch eine Übermacht, vor der unsere Kraft erlahmen mußte. Was den Feldmarschall damals aufrechterhielt, war das Bewußtsein, auch bis zum letzten bitteren Ende seine Pflicht, ja mehr als seine Pflicht leisten zu müssen. Höchstes vom deutschen Volke ebenso wie von sich selbst zu verlangen.

Zehn Jahre sind seitdem vergangen und still hatte der Generalfeldmarschall die Führung aus der Hand gelegt, als er seine letzte Pflicht, der im Osten hochschwellenden Flut entgegenzutreten, mit den Resten deutscher Kraft Genüge getan hatte. Noch einmal aber rief den Achtundsiebzigjährigen der Wille des deutschen Volkes, legte ihm wieder die Führung in die Hände. Rasch ist der Parteiensturm jener Wahl verrauscht, unvergessen aber bleibt der Volksjubel, der Hindenburg umbraust hat, als er im vorigen Jahre das „biblische" Alter erreichte. Und wenn er jetzt wieder die Glückwünsche dieses Volkes entgegennimmt, so sind es die eines Volkes, das sich aus dem Zusammenbruch vor zehn Jahren wieder zum Sonnenlicht emporarbeitet, das nicht mehr wie einst von Hunger und Verzweiflung, von Kriegsnot und Schrecken gepeitscht einem Abgrund entgegentaumelt.

Freilich ist nur erst ein kleines Stück des Weges zum Aufstieg zurückgelegt, wird vor allem das immer wiederkehrende Wort Hindenburgs, des ersten Repräsentanten unseres Volkes und Staates, seine Mahnung zu innerer Einheit, zu einer Zusammenfassung und einem Zusammenschluß in dieser Zeit äußerer Bedrängnis immer noch viel zu wenig beachtet. Ein Leben, das nur phrasenlose Pflichterfüllung war, sein Alter, das ihn lehrte, Tagesmeinungen als recht schnell vergänglich zu betrachten, hat ihn hoch hinausgehoben über den Streit der Parteien. Nur dem Vaterland dienen zu wollen hat er verheißen, als er vor mehr als drei Jahren seinen Eid leistete — und wohl niemand im deutschen Volk gibt es, der nicht Zeugnis dafür ablegen kann, in welch' hohem, idealem Sinn des Reiches heutiger Präsident dieses Versprechen erfüllt hat. Niemandem zuliebe und niemandem zuleide — darum hat er sich im deutschen Volke ein Denkmal errichtet, das dauernder ist als Erz.

Mann gegen Mann.

In Berlin hat es einmal einen Polizeipräsidenten gegeben, dessen Mahnung: „Die Straße gehört dem Verkehr! Ich warne Neugierige!" zu einer Art historischer Berühmtheit, zum geflügelten Wort geworden ist. So mancher Polizeipräsident von heute mag mit einem gewissen Neid, mit heftiger Sehnsucht an dieses Wort zurückdenken, hinter dem auch die Macht stand, das darin Gesagte durchzusetzen. Allzuoft gehört jetzt die Straße irgendwelchen, namentlich politischen Demonstrationszügen und der daran nicht beteiligte Staatsbürger nimmt es mit einer gewissen Resignation in Kauf, durch solche Demonstrationen bisweilen recht erheblich behindert zu werden. Wobei er sich vielleicht die ketzerische Frage vorlegt, welchen praktischen Zweck diese meist politischen Exerzierübungen auf den Straßen eigentlich haben.

Wenn Demonstration auf Gegendemonstration stößt und es dabei über gegenseitige Beschimpfungen und drohendes Fäuseballen nicht hinauskommt, auf der einen Seite das „Hoch! Hoch! Hoch!", auf der anderen mit derselben Lautstärke das „Nieder! Nieder! Nieder!" ertönt, dann mag der Staat, der in sich gefestigt dasteht und vor allem über die notwendige Macht verfügt, dergleichen Massendemonstrationen dulden. Aber was vor dem Berliner Sportpalast, was vor allem bei den Gemeinderatswahlen in Geesthacht bei Hamburg geschah, ist Schlimmeres. Hier gingen die beiden Seiten mit dem Bewußtsein auf die Straße, daß es zum Kampf Mann gegen Mann kommen wird, ja kommen soll. Die „Strecke" ist entsprechend groß, freilich so groß wie diesmal, bei jenen beiden politischen Sonntagsvergnügungen, war sie seit den Tagen der Nachrevolutionszeit nicht.

Irgendwie zur Vernunft zu reden, an sie zu appellieren, hat offenbar keinen Zweck mehr. Zahllose Urteile haben über Schuldige bei solchen Zusammenstößen teilweise sehr harte Strafen verhängt. Leider ohne jeden abschreckenden Erfolg. Und meist wurden nur die Werkzeuge, die bestimmte Weisungen Ausführenden, getroffen, nicht die Drahtzieher, die — die Weisungen natürlich nicht gaben, die aber das Pulver anhäuften, die Lunte legten und anzündeten, um dann schnell im Hintergrund zu verschwinden, die verhetzten Anhänger allein auf der Straße lassend mit Schlagring, Knüppel und Revolver. Weil ja schließlich jeder das Recht hat, „auf die Straße zu gehen", zu demonstrieren. Und es sogar als „Provokation" zu erklären und entsprechend zu behandeln, wenn der politische Gegner das gleiche Recht für sich in Anspruch nimmt.

Da darf der Staat denn doch nicht mehr zusehen, es bei Warnungen nicht mehr belassen. Wenn politische Kinder es nicht anerkennen wollen, daß den anderen das gleiche Recht zusteht, das man für sich selbst in Anspruch nimmt, politische Gegensätze vielmehr mit Revolverschüssen bereinigen wollen, dann steht über diesem „Recht" eine höhere Staatspflicht. Wer mit dem Feuer spielt, soll dann nicht mehr Zetermordio schreien, wenn er sich entsprechend verbrennt, wenn nämlich die Staatsgewalt scharf durchgreift — was sie tun muß. Ohne Rücksicht auf etwaiges parlamentarisches Geschrei hinterher; da führen die Sonntagsereignisse eine denn doch allzu deutliche Sprache. Und man vergesse dabei die Drahtzieher nicht. Eine rücksichtslos durchgreifende Staatsgewalt wird hierfür die unbedingte Zustimmung einer weitaus überwiegenden Zahl der Bevölkerung hinter sich haben.

Gelegenheit, diese Vorgänge entsprechend „auszuwerten", kann die Beratung eines Gesetzentwurfes geben, der angeblich schon fertiggestellt ist und der Reichsregierung demnächst vorgelegt werden soll: das Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung, in dem dem Reichspräsidenten bzw. den Länderregierungen in bestimmten Zeiten außergewöhnliche Rechte zugesprochen werden und wofür man früher den Ausdruck „Verhängung des Belagerungszustandes" gebrauchte. Die Ministerpräsidenten der Länder sind ja gerade jetzt nach Berlin gekommen, um die Außenpolitik zu besprechen, die nach den letzten Genfer Ereignissen eingeschlagen werden soll. Das bevorstehende Volksbegehren über den Panzerkreuzerbau und die dadurch erzeugte Zuspitzung der innenpolitischen Lage — zweifellos auch der Hintergrund für die parteipolitischen Sonntagsschlachten — dürfte aber auch reichlichen Stoff für eine eingehende Besprechung über Maßnahmen geben, die endlich derartige Vorkommnisse unmöglich machen und das politische Wildwestlertum mit eisernem Besen von der Straße fegen.

Genfer Bericht vor dem Kabinett

Rheinlandräumung und Schuldenfrage.

Vergleichs- und Feststellungskommission.

Sämtliche in Berlin anwesenden Reichsminister, unter denen Außenminister Dr. Stresemann noch immer infolge seiner Erkrankung fehlt, traten Montag gegen Abend zu einer Sitzung zusammen. An der Beratung, die vor allem der Rheinlandräumung und der Regelung der Schuldenfrage galt, nahmen auch Staatssekretär von Schubert und die bei der deutschen Delegation in Genf tätig gewesenen Ministerialdirektoren Gaus und Köpke teil.

Ausführlichen Bericht über die Genfer Tagung erstattete Staatssekretär von Schubert. Reichskanzler Müller ergänzte den Bericht durch eine längere Darlegung. Im Vordergrunde stand dabei namentlich der in Genf breit behandelte Vorschlag einer „Feststellungs- und Vergleichskommission", zu der Deutschland bekanntlich den Standpunkt vertritt, daß über 1935 hinaus von irgendeiner Ausdehnung der Kontrolle nicht die Rede sein könne. Selbstverständlich hat die Reichsregierung das lebhafteste Interesse an einer endlichen Regelung der Schuldenfrage und an der genauen Feststellung desjenigen, was wir nun noch zahlen sollen. Man legt in Deutschland vor allem großen Wert darauf, daß an den Reparationsberatungen auch Amerika, wenn möglich durch Entsendung eines Sachverständigen, teilnimmt.

Die Länderkonferenz.

Die Kabinettssitzung galt auch der Vorbereitung für die am Dienstag stattfindende, auf Verlangen Bayerns nach Berlin einberufene Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder und der nachfolgenden Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages. Die Beschlüsse und Richtlinien des Kabinetts wird Reichskanzler Müller bei beiden Tagungen vortragen.

Zu der Dienstagsländerkonferenz sind eingeladen worden: die präsidierenden Mitglieder der Länderregierungen, die stimmführenden und stellvertretenden Mitglieder des Reichsrats und alle Reichsminister.

*

Die Beschlüsse des Reichskabinetts.

Berlin. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichskanzler des morgigen Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten, dem er die herzlichsten Glückwünsche der Reichsregierung übermittelte. Das Kabinett nahm alsdann den Bericht des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, v. Schubert, über die Arbeiten der Völkerbundversammlung und des Völkerbundrates in der Zeit nach der Abreise des Reichskanzlers von Genf entgegen. Ferner beschloß das Reichskabinett die Ernennung eines Nachfolgers im vorläufigen Reichswirtschaftsrat für den ausgeschiedenen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding in der Person des Leiters der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, den früheren Redakteur des Handelsteiles der Frankfurter Zeitung, Naphtaly. Des weiteren wurde als Termin für die Tagung des Ausschusses für Verwaltungs- und Verfassungsreform die Zeit vom 22.—24. Oktober festgesetzt.

„Graf Zeppelin" auf der Deutschlandfahrt.

Wie Dr. Eckener erklärt, ist der Aufstieg zur großen Deutschlandfahrt nunmehr auf Dienstag früh 7 Uhr angesetzt. Die Wetterlage hat sich etwas gebessert, der Nordostwind ist aber immer noch ziemlich stark, so daß das Schiff dauernd Gegenwind haben wird. Unter diesen Umständen kann nur die Route bis Berlin festgelegt werden, während die Entscheidung über die weitere Navigation erst am Dienstag getroffen werden kann. Die Fahrt nach Berlin geht voraussichtlich über Ulm, Nürnberg, Plauen, Leipzig, wobei allerdings noch kleinere Abstecher gemacht werden können. In Berlin wird der „Graf Zeppelin" etwa um 1 Uhr nachmittags eintreffen und

Glückwünsche zum Geburtstag des Reichspräsidenten

abwerfen. Dann kommt es darauf an, ob es möglich ist, Ostpreußen mit Königsberg noch bei Tageslicht zu erreichen. Ist das nicht der Fall, so würde der „Graf Zeppelin" über den westlichen Teil der Ostsee gehen und dort übernachten. Über die Rückfahrt läßt sich noch nichts sagen, ob West- oder Ostdeutschland berührt wird, es kommt aber nur eines von beiden in Frage. Dr. Eckener will noch abends vor Dunkelheit wieder in Friedrichshafen sein.

Was die Amerikafahrt anlangt,

so bleibt es dabei, daß Dr. Eckener unter allen Umständen so bald als möglich fahren will. Das Schiff wird Ende der Woche für die Amerikafahrt klar sein und spätestens Anfang nächster Woche abfahren, wenn die Wetterverhältnisse es irgendwie gestatten.

In Friedrichshafen aufgestiegen.

Friedrichshafen, 2. Oktober. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute morgen punkt 7 Uhr zu seiner großen Fahrt nach Norddeutschland aufgestiegen.

10,15 Uhr über Bamberg.

Nürnberg, 2. Oktober. Entgegen der geplanten Richtung hat „Zeppelin" Nürnberg nicht überflogen. Zur größten Ueberraschung fuhr er 10.15 Uhr über der alten Bischofstadt Bamberg. Er überflog die Stadt in beträchtlicher Höhe.

Die Fahrt nach Norddeutschland aufgegeben.

Berlin, 2. Oktober. Nach Meldungen aus Berlin kurz nach 10.30 Uhr wird Zeppelin Norddeutschland nicht überfliegen.

Selbsthilfe der Landwirtschaft.

Aufruf des Reichsministers a. D. Schiele.

Der jetzige Präsident des Reichslandbundes, der frühere Reichsernährungsminister Schiele, verbreitete sich nach einer Schilderung der Not der Landwirtschaft auch über das Gebot der Selbsthilfe und sagte dabei:

„Die deutsche Landwirtschaft ist gewillt, alle zu ihrer Errettung möglichen Wege der Selbsthilfe zu beschreiten, ohne die Grenzen dieser Selbsthilfe zu verkennen. Sie beharrt auf ihrer Forderung, die Ergänzung durch staatliche Maßnahmen mit der gebotenen Dringlichkeit sicherzustellen, wo auch immer die Leistungen der Selbsthilfe allein nicht zum Ziele führen können. Eine Festsetzung der Preise für die Agrarprodukte durch staatliche Instanzen lehnt sie nach wie vor ab, weil Monopole bei dem heutigen System zu politischen Preisen führen müssen. Die Landwirtschaft fordert

grundsätzlich freie Wirtschaft.

Die Milliardenverluste der deutschen Landwirtschaft aber durch die Zwangswirtschaft, durch die Inflation, durch die

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF